

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 30. März 1925

Die Theaterenquete. Heute erschien das Präsidium des Verbandes österreichischer Theaterdirektoren bei Bürgermeister Seitz und ersuchte unter Hinweis auf die bekannten Beschwerden gegen die Lustbarkeitsabgabe um Veranstaltung einer Enquete, bei der die Frage der Lebensfähigkeit der Wiener Theater in ihrem ganzen Umfang zur Debatte gestellt werden soll

Bürgermeister Seitz antwortete, er habe schon vor Wochen die Absicht gehabt, den Theaterdirektoren Gelegenheit zu geben, die im Stadtsenat vorgebrachten Bemängelungen in den Einzelheiten kennenzulernen und sich von deren Stichhaltigkeit zu überzeugen. Diese Bereitwilligkeit bestehe auch jetzt noch. Allerdings könne er nicht verschweigen, dass durch die gestern veranstaltete Versammlung des Bühnenvereins, in der die grundsätzliche Frage der Lustbarkeitsabgabe überhaupt zur Diskussion gestellt worden ist, Schwierigkeiten entstanden seien. Eine Enquete könne selbstverständlich nicht den Zweck haben, zu erörtern, ob die Lustbarkeitsabgabe abzuschaffen sei, denn das sei ausgeschlossen. Erörtert könnten vielmehr - abgesehen von den im Stadtsenat besprochenen allgemeinen Mängeln, wie Kartenvertrieb u. s. w. - jene besonderen Ursachen, die zum Zusammenbruch einzelner Theater geführt haben, schliesslich eventuell eine Vereinheitlichung der abgestuften Steuer, die Art der Einhebung u. s. w. werden.

Die Herren vom Direktorenverband erwiderten, dass ihr Ansuchen nach einer Enquete gerade nach der gestrigen Versammlung um so notwendiger sei, weil diese Versammlung neuerdings gezeigt habe, dass die Gesamtheit der am Theater interessierten Körperschaften die gegenwärtige Situation für unhaltbar erachtet.

Sonntagsruhe im Annonzengeschäft. Der Bürgermeister als Landeshauptmann hat verordnet, dass im Betrieb der Annonzenbüros und der Annahmestellen von Ankündigungen für periodischer Druckschriften der Geschäftsschluss an Samstagen um zwei Uhr nachmittags zu erfolgen hat. Alle bis jetzt gewährten Ausnahmen werden gleichzeitig aufgehoben.

Die Beleuchtung des Praters. In Vertretung der Interessen der Gastwirte des unteren Praters erschien heute Dr. Blasel bei Bürgermeister Seitz und ersuchte um die öffentliche elektrische Beleuchtung einer Zufahrtsstrasse in den unteren Prater. Die gegenwärtige schlechte Beleuchtung schrecke das Publikum ab, worunter die Geschäftsleute arg zu leiden haben. Bürgermeister Seitz verwies darauf, dass die öffentliche Beleuchtung dieser Strassen nicht in die Kompetenz der Gemeinde falle, sondern Sache der Bundesverwaltung sei. Durch das Eigentumsrecht des Bundes sei leider der Gemeinde jeder Eingriff versagt, so sehr sie auch bereit wäre, den schwer bedrängten Geschäftsleuten zu helfen. Die Angelegenheit werde aber geprüft werden und es wird die Gemeindeverwaltung ihr möglichstes tun.